

Neue Regeln fürs Bauen versenkt

ZSZ 2015-03-17

MÄNNEDORF Mehr günstige Wohnungen und energetische Gebäude – dies wollte der Männedorfer Gemeinderat mit einer neuen Bau- und Zonenordnung erreichen. Die Bürger folgten ihm nicht.

Ein Baukastensatz für mehr günstige Wohnungen und Gebäude mit besserer Energieeffizienz hätte die neue Bau- und Zonenordnung sein sollen, über welche die Männedorfer Gemeindeversammlung gestern Abend diskutierte. Der Gemeinderat hatte sich ein Anreizsystem ausgedacht. So sollten Hausbesitzer in gewissen Gebieten die Baumassenziffer – also das Bauvolumen – um bis zu 15 Prozent erhöhen können.

Sogenannte Sonderbauvorschriften hätten dies ermöglicht, sofern Hausbesitzer die Hülle älterer Gebäude saniert und neue Wohnungen geschaffen hätten. Ähnliches war für Arealüberbauungen geplant: Wer preisgünstigen Wohnungsbau gefördert und energetisch gebaut hätte, wäre mit einem um 20 Prozent grösseren Bauvolumen belohnt worden.

Mehr Mitsprache gefordert

Doch nun kommt es anders. Widerstand gab es vor allem vonseiten der FDP. So bemängelte Claudia Haab, die Bürger hätten kaum eine Möglichkeit gehabt, sich mit der Vorlage zu befassen. Die FDP und die SVP hatten dies schon vor über einem Jahr beanstandet, als der Gemeinderat kurz vor den Weihnachtsferien das Auflageverfahren eingeleitet hatte. Zwar verlängerte die Behörde daraufhin die Vernehmlassung – doch die Kritik verstummte nie ganz. Gestern Abend kam sie wieder deutlich zum Ausdruck.

Über ein Jahr lang habe man vom Gemeinderat nichts mehr zur neuen BZO gehört – und nun solle man darüber abstimmen, sagte Haab vor 234 Stimmberechtigten. Sie kritisierte die Sonderbauvorschriften, die in der Vorlage nachträglich geändert wurden. Die Stimmbürger hätten sich nie dazu äussern können.

Der Grund für die kurzfristigen Änderungen sei der Kanton gewesen, entgegnete Hochbau- und Planungsvorstand Peter Meier (GLP). Dieser habe der Gemeinde vorgeschrieben, wie die Sonderbauvorschriften auszusehen hätten. Die Kritiker besänftigte dies nicht. Sie verlangten ein Verfahren, in dem sich die Bürger besser einbringen könnten. Die Vorlage war zudem aus ihrer Sicht unausgereift. «Es braucht nicht noch mehr Regeln, die das Bauen verteuern», sagte Haab. Ihre Argumente überzeugte die Mehrheit: Mit 136 zu 78 Stimmen nahmen die Anwesenden den Rückweisansatz an. Der Gemeinderat muss somit noch einmal über die Bücher. *Michel Wenzler*